

Zukunft der Kerntechnik in Deutschland

Es besteht in Deutschland weiterhin ein kerntechnischer Sektor, der für Wirtschafts-, Industrie-, Forschungs-, Technologie- sowie Umweltpolitik und Strahlenschutz dauerhaft relevant ist. *Die Herausforderung der kommenden Jahre ist die Erhaltung des kerntechnischen Wirtschafts- und Forschungsstandortes und damit der kerntechnischen Kompetenz in Deutschland.* Diese Kompetenz ist nicht nur für die kerntechnische Industrie überlebenswichtig, sondern auch für den öffentlichen Sektor. Auch für die internationale Einflussnahme Deutschlands in jedweden Fragen zur Kerntechnik ist entsprechende Kompetenz unerlässlich, zudem für Anwendungen in Medizin und Grundlagenforschung essentiell.

Kerntechnische Kompetenz für Deutschland erhalten und technische Entwicklung begleiten

Deutschland bleibt international an einem hohen Niveau kerntechnischer Sicherheit und ihrer Weiterentwicklung interessiert. Nur mit eigener Kompetenz kann es dazu beitragen. Dafür sind Bildung und Forschung mit allen wissenschaftlichen Freiheiten erforderlich, um den Nachwuchs an Fachkräften zu gewährleisten darüber hinaus die langfristige Anwendung des Wissens in der Industrie. Die Universitäten und Fachhochschulen müssen eine zentrale Rolle spielen, da nur dort langfristig die Ausbildung von hochqualifizierten Fachkräften sichergestellt werden kann. Das ist aber mittelfristig nicht mehr gewährleistet. Darum muss die Aufrechterhaltung (Wiederbesetzung) und ggf. Neugründung von kerntechnischen Lehrstühlen dort, wo bereits fachlich Leerstellen (z. B. Neutronik) bestehen, künftig eine hohe Priorität bei Landesregierungen, Hochschulen aber auch in der Forschungsförderung des Bundes erhalten. KernD begrüßt das „Konzept zur Kompetenz- und Nachwuchsentwicklung für die nukleare Sicherheit“ der Bundesregierung vom 26.08.2020. In diesem Konzept wird auch die Bedeutung der kerntechnischen Wirtschaft für die Kompetenzerhaltung in der (Sicherheits-)Praxis ausdrücklich anerkannt. Die Beeinträchtigung von Unternehmen in einer willkürlichen Definitionserweiterung des Atomausstieges, der sich nur auf die Stromerzeugung bezieht, steht dazu im Widerspruch.

Außenwirtschaftspolitik offen gestalten, Industriepolitik international betrachten und stärken

Eine weitere Voraussetzung für Kompetenzerhalt ist eine exportfähige Industrie, um Erfahrungsrückfluss aus deren Betrieb zu gewährleisten. Außenwirtschaftspolitik und Exportförderung müssen als Bestandteil erfolgreicher Wirtschaftspolitik auch für die kerntechnische Wirtschaft zugänglich sein. Immer mehr deutsche Unternehmensstandorte sind

Teil verflochtener internationaler Unternehmen. Die Sicherung solcher Standorte hängt wesentlich von der Verlässlichkeit des Rechtsrahmens für die Unternehmen, dem Wissensnetzwerk in F&E, der Wertschöpfungskette sowie in vielen Fällen von außenwirtschaftlichen Regeln ab. Leider ging die Entwicklung in den vergangenen Jahren eher in die gegenteilige Richtung. Ein Negativbeispiel ist hier der pauschale Ausschluss der Kernenergie bei den klimapolitischen Sektorleitlinien für Exportkreditgarantien der Bundesregierung.

Deutsches Engagement in internationalen Organisationen fortsetzen

Deutschland arbeitet in internationalen Organisationen und Gremien der Kerntechnik konstruktiv und erfolgreich mit, gerichtet auf ein hohes Niveau nuklearer Sicherheit. Auch nach Abschaltung der deutschen Kernkraftwerke sind aktive Rollen in der IAEA, bei EURATOM und ENSREG oder in der Internationalen Strahlenschutzkommission ICRP politisch angestrebt. Deutschland profitiert davon und hat sich durch Engagement und Kompetenz Einflussmöglichkeiten geschaffen. Dies kann glaubwürdig und wirksam nur auf Grundlage fortbestehender und weiter entwickelter Kompetenz in der Kerntechnik fortgesetzt werden.

Kernenergie in der EU und die deutsche Position

Die Kernenergie leistet in zahlreichen Mitgliedstaaten der EU einen maßgeblichen Beitrag zur Stromversorgung, zur Klimapolitik und zur wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit. Viele dieser Staaten haben in den vergangenen Jahren beschlossen, die Kernenergie auch aus Gründen der Energiesouveränität und der Robustheit ihres Energiemix langfristig beizubehalten, auszubauen oder in Zukunft erstmals zu nutzen. Es liegt nicht im deutschen Interesse, mit einer gegen die Kernenergie gerichteten Politik auch gegen die vitalen Interessen unserer Partner auf den genannten Gebieten vorzugehen, die Sicherheit der europäischen Stromversorgung zu schwächen und die wirtschaftliche Entwicklung Europas zu hemmen. Darüber hinaus kann Deutschland durch die vorhandene Industrie und Forschung in der Kerntechnik auch direkt von einer positiven Entwicklung der Kernenergie in Europa profitieren. Daher sollte Deutschland zur sicheren Nutzung der Kernenergie eine positive Grundhaltung einnehmen und akzeptieren, dass die Europäische Union – die zugleich die Europäische Atomgemeinschaft ist – eine fördernde und unterstützende Rolle bei der Kernenergie einnimmt, wie bei anderen Maßnahmen der Senkung von CO₂-Emissionen und der Sicherung der Energieversorgung üblich.

Kerntechnik Deutschland e. V. (KernD), Berliner Str. 88 A, 13467 Berlin, info@kernd.de,
Tel. 030 31988299, Geschäftsführer: Dr. Thomas Behringer
Ansprechpartner: Nicolas Wendler, Leiter Presse und Politik, nicolas.wendler@kernd.de,
Tel. 0172 2379184